

Was bringt die freie Schulwahl?

Wocheblatt Birseck 24.1.08

Am letzten Donnerstag lud die FDP Arlesheim in die Trotte ein, um über die Verfassungsinitiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» zu diskutieren.

Edmondo Savoldelli

Der Kanton Basel-Landschaft wird der erste Kanton sein, in welchem die von der Elternlobby Schweiz der Regierung überreichte Verfassungsinitiative vors Volk kommt. Wenn alles klappt, können die Baselbieter im Frühsommer darüber abstimmen, ob Eltern für ihre Kinder zwischen einzelnen öffentlichen und nichtstaatlichen Schulen wählen können und ob dieser Unterricht für die Kantonseinwohner durch den Staat finanziert wird, wenn die gewählte Schule keine Zugangseinschränkungen aufweist, also öffentlich ist.

Um den Boden für die Podiumsdiskussion zwischen Befürwortern und Gegnern der Idee einer freien Schulwahl zu bereiten, hatte die FDP Arlesheim Dr. Clemens Diesbergen von der Pädagogischen Fachhochschule der Nordwestschweiz zu einem Impulsreferat eingeladen. Diesbergen, der sich seit vielen Jahren mit dem Thema beschäftigt, verwies in seinen Ausführungen wiederholt auf die Erfahrungen in Skandinavien, vor allem in Schweden, einem Land, welches die freie Schulwahl seit Anfang der 90er-Jahre kennt. Diesbergen hielt nicht mit Kritik an unserem Schulsystem zurück und zeigte auf, dass Schulleitungen, Lehrer und Eltern nicht wirklich Neues ausprobieren könnten. «Die geleitete teilautonome Schule ist eine scheinautonome Schule», in welcher der Verlust von Initiative bei Lehrenden und Lernenden deutlich



Bei Annahme der Initiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» würden nichtstaatliche öffentliche Schulen wie die Rudolf Steiner Schule Birseck vom Staat mitfinanziert.

FOTO: EDMONDO SAVOLDELLI

sei. Die Beispiele aus dem Norden zeigten, dass eine Umstellung des Systems machbar sei, kein Chaos entstünde und positive Effekte hätte. «Ich finde, man sollte es probieren», schloss Diesbergen sein Referat.

Das Für und Wider

Die anschliessende Diskussion wurde von Thomas Brunnschweiler, freier Journalist, geleitet. Befürworterinnen waren Pia Amacher, Präsidentin der Elternlobby Schweiz, und Juliana Nufer, Landrätin FDP. Entschieden dagegen sprachen sich Madeleine Göschke, Landrätin Grüne, und Christoph Straumann, Geschäftsführer des Komitees Privatschul-Initiative Nein, aus. Interessant sei, dass in allen politischen Parteien sowohl Befürworter wie auch Gegner zu finden sind. Für Göschke fehlte in der Initiative die Chancengleichheit; sie bezweifelte die Möglichkeit von Immigranteneltern, für ihre Kinder die beste Schule auswählen zu können. Man

solle die Kräfte bündeln und die Staatsschule laufend verbessern. Amacher verwies auf das UNO-Menschenrecht auf freie Bildungswahl und auf die qualitätssteigernde Wirkung von pädagogischer Konkurrenz. Straumann hingegen bemängelte die vielen ungelösten Detailfragen und kritisierte die Verfassungsinitiative als falschen Ansatz. Die europaweit tiefsten Jugendarbeitslosenzahlen in der Schweiz wiesen auf ein gutes Schulsystem hin. Nufer hingegen betonte die Notwendigkeit von vereinfachten Schulwechseln bei schwierigen schulischen Situationen von Kindern und befürwortet die staatliche Finanzierung, damit Lehrpersonen in alternativen Schulmodellen keine Lohneinbussen zu tragen hätten. Alle vier waren sich jedoch darin einig, dass gute Pädagogik immer unmittelbar von der Lehrerpersönlichkeit abhängt.

Die vielen Anwesenden beteiligten sich rege an der anschliessenden offenen Diskussion.